



Die UN werben Ende September an ihrem Sitz in New York für die nachhaltigen Entwicklungsziele - das wohl umfassendste Programme in der 70-jährigen Geschichte der Organisation.

© picture-alliance/fandor

Die UN-entbehrliche

VEREINTE NATIONEN Die Organisation bleibt zur Lösung globaler Probleme ohne Alternative

Für den Höhepunkt der 70. UN-Generalversammlung im September hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon festliche Worte gewählt. Vor 70 Jahren seien die Vereinten Nationen aus der Asche des Zweiten Weltkrieges emporgestiegen mit einer visionären Charta, die den Völkern der Welt gewidmet sei. „In diesem Jubiläumsjahr müssen wir die Botschaft der Charta beherzigen und die Stimmen von uns, den Völkern hören – nur so können wir die schreckliche Realität der Gegenwart überwinden und die außergewöhnlichen Gelegenheiten nutzen, die unsere Ära uns bietet.“

Charta „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“ – so beginnt das am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnete Dokument, das die Welt wohl mehr als einmal vor Krieg und möglichem Verderben bewahrt hat. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren, heißt es in Artikel 1: „Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Im Koreakrieg und in der Kubakrise, im Kampf gegen Kolonisierung und Apartheid, bei der Versorgung von Kriegsflüchtlings und der Ausrottung von Epidemien und schließlich der Koordinierung von globalem Umweltschutz: Immer spielten die UN eine entscheidende Rolle, auch dank der Architektur des Sicherheitsrats, der mit seinen fünf Vetomächten für die Lage im Kalten Krieg gemacht war. Hier stießen Ost und West aufeinander und wurden zum Kompromiss gezwungen. Durchsetzen konnten sich weder die Sowjetunion noch die USA. Die Fähigkeit des Menschen zur Vernunft habe die Vereinten Nationen möglich gemacht, sagte Willy Brandt (SPD) nach dem Beitritt beider deutscher Staaten zu den UN 1973. „Der Hang des Menschen zur Unvernunft macht sie notwendig.“

70 Jahre nach der ersten UN-Generalversammlung und mehr als ein Vierteljahrhundert nach Ende des Kalten Krieges gilt das immer noch. Die UN und ihre Unterorganisationen sind acht Mal mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Europa verlässt sich derzeit gerade wieder auf die Expertise des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Das Welternährungsprogramm WFP hilft bei Hungerkatastrophen, UN-OCHA koordiniert die Arbeit von Hilfsorganisationen im Katastrophenfall und das UN-Entwicklungsprogramm UNDP verwaltet Projekte in allen Entwicklungsländern der Erde. Dazu kommen das UN-Kinderhilfswerk Unicef, die Weltgesundheitsorganisation WHO, das UN-Umweltprogramm UNEP, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte und viele weitere mehr. Mehr als 125.000 Frauen und Männer sind derzeit an insgesamt 16 UN-Friedensmissionen beteiligt. Ganze Politikbereiche sind von der Staatengemeinschaft an die UN übertragen worden. Eine Weltpolitik ohne sie scheint undenkbar.

Dabei sind die UN nach wie vor ein fragiles und oftmals schwerfällig konstruiertes Gebilde. Nirgends gilt das so sehr wie im UN-Sicherheitsrat. Der Nahost-Experte Carne Ross hat Großbritannien Ende der 1990er Jahre im UN-Sicherheitsrat vertreten und sagt, die Vetomächte innerhalb der UN entschieden alles von Belang. „Sie sagen dem Generalsekretär, was er tun und lassen soll; sie entscheiden, wem er Posten verschaffen und wen er feuern soll, und sie entscheiden natürlich, was der UN-Sicherheitsrat beschließt.“ Detaillierte Berichte und pointier-

te Analysen aus Gremien wie dem in Genf tagenden Menschenrechtsrat werden vom Sicherheitsrat kaum in Betracht gezogen – eine Tatsache, die nicht nur der derzeitige Vorsitzende des Rates, der deutsche Botschafter in Genf, Joachim Rücker, kritisiert und ändern möchte.

Überhaupt wird derzeit bei den UN viel von Reformen geredet. Doch die Bemühungen auch Deutschlands, die Zusammensetzung des Gremiums zu ändern, gelten als gescheitert. Am Rande der UN-Generalversammlung nannte selbst ein hochrangiger, für die

Erweiterung des Sicherheitsrats werbender Regierungschef das Projekt im Vertrauen „gestorben“. Die Erneuerung der UN soll jetzt zunächst über eine transparentere Wahl des nächsten UN-Generalsekretärs erreicht werden, dessen Amtszeit 2017 beginnt. Der Ausgang ist offen. Chancen auf zumindest ein bisschen Erneuerung gibt es vielleicht, weil der Sicherheitsrat in den größten Krisen der Gegenwart – Syrien, Ost-Ukraine, Jemen – keine Entscheidungen trifft. Statt Kompromissen herrscht Stillstand. Der Bürgerkrieg in Syrien tobt seit mehr als vier Jahren, doch der Sicherheitsrat schafft es auch am Rande der historischen 70. Generalversammlung nicht, sich auch nur auf die Einberufung einer neuen Friedenskonferenz zu einigen.

Die größte Chance auf eine Reform der UN liegt womöglich in der Nachhaltigkeitsagenda, die die Staats- und Regierungschefs aus gut 150 Ländern am Rand der Generalversammlung einstimmig beschlossen haben. In 17 Hauptzielen und 169 detaillierten Zielen sind mehr oder weniger konkrete Schritte gegen Armut, Ungleichheit, Umweltzer-

störung und Klimawandel festgehalten. Eine „Erweiterung der UN-Charta“ und eine „Aufgabenliste für die Menschheit und den Planeten“ nennt sie Ban Ki Moon. Die Ziele gelten als besonders fortschrittlich, auch deshalb, weil sie nicht in den gewohnten diplomatischen Zirkeln debattiert wurden. In einer offenen Arbeitsgruppe durfte die Zivilgesellschaft drei Jahre lang lautstark mitreden. Acht Millionen Menschen, die meisten jung, weiblich und aus Entwicklungsländern, beteiligten sich über das Internet. Die Umsetzung ist allerdings fraglich. Wird Saudi-Arabien bis 2030 die volle Gleichberechtigung von Frauen einführen, wie es die Nachhaltigkeitsziele fordern? Werden die USA Reiche stärker besteuern, um den Ärmsten mehr Lohn zu verschaffen? Und wird Deutschland die Mittel für seine Entwicklungszusammenarbeit nahezu verdoppeln? All das darf bezweifelt werden.

Agenda Für eine Institution aber hat die Umsetzung dessen ungeachtet schon begonnen: für die UN, die jetzt eines der konkretesten Programme in ihrer 70-jährigen Geschichte besitzt und – so verspricht es UNEP-Chef Achim Steiner – endlich das Schachteldenken aufgeben will. „Viele UN-Organisationen planen bereits, wie sie ihre Arbeit an die Agenda 2030 anpassen können.“ Dazu soll auch die Zusammenarbeit mit UN-Organisationen gehören, die sich bisher spinnefeind waren. Ein Problem lässt sich damit allerdings nicht lösen. Die UN, ein Verbund der Nationalstaaten, ist nur so stark wie Staatlichkeit an sich. Und die ist derzeit in der Krise. Immer mehr Konflikte werden von nichtstaatlichen Akteuren geführt, warnt der Diplomat Carne Ross. „Niemand ist darauf ordentlich vorbereitet: Die UN wurden geschaffen, um zwischenstaatliche Konflikte zu regeln – aber bei der Mehrzahl der Konflikte heute handelt es sich um

Konflikte innerhalb von Staaten unter Beteiligung nichtstaatlicher Gruppen, die mal legitimiert sind, mal nicht.“ Der sogenannte Islamische Staat in Syrien und im Irak, Rebellengruppen in Libyen oder Boko Haram in Nigeria lassen sich von Resolutionen nicht beeindrucken. Sanktionen gegen sie zu verhängen ist schwierig. Und die Tatsache, dass viele dieser Gruppen nicht einmal aus Rücksicht auf eine spätere Anerkennung durch die UN auf brutalste Gewalt verzichten, macht die Lage besonders kompliziert. Dazu kommt das Problem einer wachsenden Zahl separatistischer Bewegungen, die zwar auf Anerkennung dringen, diese aber nicht bekommen. „Einzelne Staaten wollen natürlich die Bildung neuer Staaten verhindern, denn schließlich entstehen neue Staaten auf den Ruinen der bisherigen – und wer stimmt schon gerne für seine eigene Zerstörung“, sagt Ross, der inzwischen eine Organisation namens „Unabhängige Diplomaten“ gegründet hat, die benachteiligte Staaten und solche, die es werden wollen, unterstützt – vorausgesetzt, sie halten sich an die Standards der UN-Charta.

Globale Zusammenarbeit 70 Jahre nach der Gründung stehen die UN vor großen Herausforderungen. Doch selbst ihre Kritiker halten sie für unentbehrlich. In einer Ära globaler Herausforderungen gebe es keine Alternative zur globalen Zusammenarbeit, sagt Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan. Sein Nachfolger Ban Ki Moon rief die Staats- und Regierungschefs zum 70. UN-Geburtstag auf, ernst zu machen mit dem Auftrag der Völker: „Wir müssen alles tun, um die Lücke zwischen der Welt wie sie ist und der Welt, wie sie sein soll, zu schließen – das ist die Aufgabe der Vereinten Nationen.“ Marc Engelhardt

Der Autor berichtet aus Genf und New York von den Vereinten Nationen.

»Die Fähigkeit des Menschen zur Vernunft hat die UN möglich gemacht.«

Willy Brandt (SPD)

Da geht noch mehr zum Jubiläum

DEBATTE Die Fraktionen im Bundestag fordern größeres Engagement der Staaten für die Vereinten Nationen ein – und meinen damit auch Deutschland

Mancher hält das Gremium in seiner heutigen Zusammensetzung für einen Anachronismus: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) mit seinen fünf ständigen Mitgliedern und Vetomächten USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich hat sich in den vergangenen Jahren häufig als wenig handlungsfähig erwiesen und nirgends tritt das deutlicher zutage als im Falle Syriens. Ende September, bei der 70. Generalversammlung der UN in New York, unterstrichen die Regierungschefs von Deutschland, Brasilien, Indien und Japan die Notwendigkeit einer Reform des mächtigen Gremiums: „Ein repräsentativer, legitimer und wirksamer Sicherheitsrat“ werde mehr denn je gebraucht, um die globalen Krisen und Konflikte anzugehen. Die vier Staaten („G4“) unterstützen sich schon seit längerem gegenseitig in ihrem Bemühen, als ständige Mitglieder aufgenommen zu werden. Dass es um weit mehr als um Einfluss im exklusiven Zirkel der größten Atomkräfte

geht, zeigte vergangene Woche eine Regierungserklärung im Bundestag und die anschließende Debatte zum 70. Jubiläum der Vereinten Nationen.

Reformen Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) bekräftigte die Notwendigkeit von Reformen und mehr Engagement der Staaten innerhalb der UN zur Ausstattung von Hilfsprogrammen wie dem Flüchtlingshilfswerk und dem Welternährungsprogramm. Ziel müsse sein, die Repräsentanz der Mitgliedstaaten in den UN-Organisationen und im UN-Sicherheitsrat auf den heutigen Stand zu bringen: „Die Legitimation leidet, wenn die Institutionen der Vereinten Nationen nur ein Spiegelbild der Verhältnisse der Jahre 1949, 1950, 1955 sind“, sagte Steinmeier. Deutschland bestehe auf einer Reform der UN und auch des Sicherheitsrats, dessen Entscheidungen transparenter werden und dessen ständige Mitglieder ihr Vetorecht begrenzen sollten. „Es kann schlichtweg

nicht sein, dass dieses Privileg die gesamte Weltorganisation dazu verdammt, im Angesicht größter Verbrechen gegen die Menschlichkeit untätig zu bleiben.“

Der Vorsitzende der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, warb für einen ständigen Sitz für Länder des Südens im Sicherheitsrat. Für Deutschland müsse es darum gehen, die UN „real zu stärken“ – etwa durch höhere Beiträge an die UN-Hilfsorganisationen und nicht durch die Unterstützung „elitäre Zusammenschlüsse wie G7“. Deutschland selbst werde der Charta der Vereinten Nationen nicht gerecht, wenn es mit seiner Politik die Ursachen für Armut und für 60 Millionen Flüchtlinge auf dem Globus ignoriere oder

gar vertiefe, statt sie zu bekämpfen. „Das bedeutet zuallererst, dass wir keine Waffen und keine Soldaten mehr in alle Welt schicken.“

Jürgen Hardt (CDU) nannte die UN-Charta von 1945 und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948 einen „epochalen Schritt“. Keine Organisation habe mehr für den Weltfrieden getan. Dennoch blieben etwa mit 60 Millionen Flüchtlingen weltweit und 800 Millionen Hungernden große Aufgaben für die Völkergemeinschaft. „Deshalb müssen wir mit einer Reform der UN und mit unseren Bemühungen vorankommen, unseren Beitrag zur Entwicklung der Welt im Rah-



»Die Legitimation leidet, wenn die UN nur ein Spiegelbild der Verhältnisse von 1949 sind.«

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD)

70 JAHRE VEREINTE NATIONEN

Juni 1945 Vertreter von 50 Ländern treffen zur Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco (USA) zusammen. Gemeinsam mit Polen bilden sie die 51 Gründungsstaaten der United Nations (UN).

Oktober 1945 Offizieller Gründungstag der UN, nachdem unter anderem die USA, die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China die UN-Charta ratifizieren. Seitdem wird der 24. Oktober als Tag der UN gefeiert.

Januar/Februar 1946 Erste UN-Generalversammlung in Westminster, London. 14 Tage später wird die erste Resolution verabschiedet, in der die Zerstörung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen gefordert wird. Erstmals tagt der UN-Sicherheitsrat. Am 1. Februar 1946 wird der Norweger Trygve Lie erster UN-Generalsekretär.

Juni 1948 Die erste UN-Beobachtermission wird nach Palästina entsandt.

Dezember 1948 Die UN-Generalversammlung ergänzt die UN-Charta um die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Juni 1950 Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet in Abwesenheit der Sowjetunion eine Resolution, die die Mitgliedsstaaten aufruft, die Invasion Nord-Koreas im Süden zurückzuschlagen. Der erste militärische Test für die UN endet 1953 mit einem bis heute gültigen Waffenstillstand.

1954 Das UN-Flüchtlingshilfswerk erhält für seine Flüchtlingshilfe in Europa den ersten von zwei Friedensnobelpreisen. Die UN und ihre Unterorganisationen sind bis heute acht Mal mit dem Preis ausgezeichnet worden.

1960 17 ehemalige Kolonien, davon 16 aus Afrika, werden Mitglied der UN – so viele Staaten wie noch nie in einem Jahr.

Juni 1968 Die UN-Generalversammlung verabschiedet das Abkommen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen.

September 1973 Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR werden Mitglieder der UN. Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 erlischt die Mitgliedschaft der DDR.

Mai 1980 Die Weltgesundheitsorganisation erklärt die Pocken für besiegt.

Juni 1992 Der „Erdgipfel“ (offiziell: UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung) in Rio de Janeiro (Brasilien) beschließt unter anderem das erste Klimaabkommen.

Juni 1994 Nach dem Ende der Apartheid nimmt Südafrika nach 24 Jahren Ausschluss wieder seinen Sitz in der UN-Generalversammlung ein.

Dezember 2001 UN-Generalsekretär Kofi Annan nimmt den Friedensnobelpreis für die UN in Empfang.

November 2002 Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet die umstrittene Resolution 1441, die Irak zur Preisgabe seiner Massenvernichtungswaffen zwingen soll.

März 2006 Gründung des UN-Menschenrechtsrats in Genf.

Juli 2011 Der Südsudan wird der 193. UN-Mitgliedsstaat.

September 2015 Bei der 70. UN-Generalversammlung verabschiedet gut 150 Staats- und Regierungschefs die Agenda für nachhaltige Entwicklung. me

